

07.03.2017

Antrag

der Fraktion der CDU

Willkommenskultur für Investitionen schaffen – Nordrhein-Westfalen braucht eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik für mehr Wohlstand und Beschäftigung

I. Ausgangslage

Die Unternehmen im Land stellen Rot-Grün nach sieben Jahren Regierungszeit ein schlechtes Abschlusszeugnis aus. Von Ministerpräsidentin Kraft sei „keine gute Regierungsarbeit“ für den Standort Nordrhein-Westfalen gekommen, so Arndt Kirchhoff, Präsident von Unternehmer.NRW, auf einer Pressekonferenz Anfang März. Kirchhoff beklagt beispielsweise umweltpolitische Hemmnisse bei der Modernisierung von Industriegebieten. Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen sattele bei Umweltauflagen im Vergleich zum Bund immer noch zusätzliche Restriktionen drauf. Zwar sei das wirtschaftliche Fundament trotz unterdurchschnittlichem Wachstum, überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit und unterdurchschnittlichen Investitionen in Nordrhein-Westfalen noch gut, aber dieses Fundament beginne zu bröckeln. Unternehmer.NRW fordert daher die Landesregierung mit Nachdruck auf, sich nicht mit mittleren oder letzten Plätzen in Länderrankings zufriedenzugeben. Nordrhein-Westfalen, so Kirchhoff, müsse Industrieland bleiben und dürfe nicht Naturschutzreservat werden. Dazu müsse Nordrhein-Westfalen eine Willkommenskultur für Investoren schaffen und neue Unternehmen ins Land holen. Die Basis dafür sei vorhanden: beispiellose Hochschuldichte, starker Mittelstand und Grundstoffindustrie. Allerdings würde diese Basis nicht hinreichend genutzt.

Ähnlich fällt das aktuelle Urteil des Verbandes „Die Familienunternehmer“ aus. Laut Thomas Rick, Vorsitzender des Verbandes, ist Nordrhein-Westfalen insbesondere wirtschaftspolitisch „eines der am schlechtesten regierten Länder“. Die Landesregierung nutze das Potenzial des Landes nicht. Insbesondere beim wichtigen Zukunftsthema Digitalisierung sehen die Familienunternehmen enormen Nachholbedarf. So

Datum des Originals: 07.03.2017/Ausgegeben: 07.03.2017

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

bemängeln beispielsweise knapp zwei Drittel der Unternehmen, dass sich ihre Breitbandversorgung seit 2012 nicht verbessert habe. Auch die Bildungspolitik des Landes wird von den Familienunternehmen mit der Note mangelhaft bewertet: „Kaum ein anderes Land gibt so wenig Geld für Bildung aus wie NRW“.

Auch das Handwerk fordert, dass die Wirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen wieder oberste Priorität haben muss. Davon sei das Land aber noch weit entfernt, kritisierte Andreas Ehlert, Präsident von Handwerk.NRW, Anfang Januar. Mitunter entstehe sogar der Eindruck, so Ehlert, „als wenn die wirtschaftliche Entwicklung ein Störfaktor in der Entwicklung unseres Landes ist.“ Die Folge dieser Politik sei deutlich erkennbar: Seit 2010 habe das wirtschaftliche Wachstum in Nordrhein-Westfalen nur ein einziges Mal über dem Bundesdurchschnitt gelegen. Das wiederum habe dazu geführt, dass der Schuldenstand pro Einwohner heute um 55 Prozent über dem Bundesdurchschnitt liege. Das Handwerk kritisiert vor allem bürokratische Belastungen wie das Tariftreue- und Vergabegesetz oder die Hygiene-Ampel sowie ein zu starres Korsett für die wirtschaftliche Entwicklung durch den rot-grünen Landesentwicklungsplan.

Bereits im November letzten Jahres zeichnete Ralf Kersting, Präsident von IHK NRW, das Bild eines gefesselten Riesen Nordrhein-Westfalen. IHK NRW wünscht sich eine stärkere Rolle Nordrhein-Westfalens in Berlin und Brüssel und weniger Blockaden durch Entscheidungen in Düsseldorf. Die Summe der Hürden, die sich aus Regelungen wie z.B. dem Klimaschutzgesetz und dem Tariftreue- und Vergabegesetz ergäbe, mache es den Bürgern und der Wirtschaft schwer und wirke wie eine Fessel für den wirtschaftlichen Riesen Nordrhein-Westfalen.

Die Kritik am wirtschaftspolitischen Kurs der rot-grünen Landesregierung ist weder neu noch überraschend. Bereits 2013 hatte die Unternehmensberatung McKinsey Nordrhein-Westfalen eine gravierende Wachstumslücke im Vergleich zu den übrigen westdeutschen Ländern bescheinigt. Ohne diese Wachstumslücke stünden nach Berechnungen von McKinsey Land und Kommunen jährliche Steuermehreinnahmen von über 3 Mrd. Euro zur Verfügung. Außerdem gäbe es im nordrhein-westfälischen Arbeitsmarkt heute mehr als 300.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse. Auch das Institut der deutschen Wirtschaft in Köln (IW Köln) hatte bereits Anfang 2014 eine über Jahre verfestigte Wachstumsschwäche Nordrhein-Westfalens diagnostiziert.

Sowohl McKinsey als auch das IW Köln haben seinerzeit Vorschläge unterbreitet, wie durch kluge und gezielte Zukunftsinvestitionen neue Wachstums- und Wohlstandschancen im Land geschaffen werden können. Trotz dieser frühzeitigen Hinweise hat Rot-Grün es unterlassen, rechtzeitig umzusteuern und Wachstumsimpulse zu setzen. Im Gegenteil: Mit Landesentwicklungsplan, Landeswassergesetz und Landesnaturschutzgesetz wurden seitdem nur noch weitere Wachstumshemmnisse durch die Landesregierung eingeführt.

Wie dringend der wirtschaftspolitische Kurs der rot-grünen Landesregierung geändert werden muss, zeigt beispielsweise eine Studie des Arbeitgeberverbands der Metall- und Elektroindustrie in Nordrhein-Westfalen (METALL NRW) vom Februar 2016. So steigt in dieser Branche, die rund 50 Prozent der industriellen Arbeitsplätze und 50

Prozent der Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen stellt, die Verlagerung von Produktionsaktivitäten ins Ausland, rapide an. Analog verhält es sich mit den Investitionen der Branche. So fließen bereits jetzt 40 Prozent der Investitionen der hiesigen Metall- und Elektroindustrie ins Ausland, in fünf Jahren werden es bereits nahezu 50 Prozent sein. Das ist schleichende De-Industrialisierung durch De-Investition, die auch in den übrigen Branchen der nordrhein-westfälischen Industrie Fahrt aufnimmt.

So schrumpfte nach Veröffentlichungen des statistischen Landesamtes IT.NRW die Industrie-Produktion in Nordrhein-Westfalen 2015 um 2,1 Prozent, während sie im Bundesschnitt um 1,7 Prozent wuchs. 2015 lag die Bruttowertschöpfung des produzierenden Gewerbes in Nordrhein-Westfalen immer noch 4 Prozent unter dem Vorkrisenniveau des Jahres 2008. Dagegen lag die Bruttowertschöpfung der Industrie bundesweit 8 Prozent über Vorkrisenniveau, in Bayern sogar um 24 Prozent. Entsprechend ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der (nominalen) Bruttowertschöpfung gesunken: 2014 betrug er in Nordrhein-Westfalen nur noch 19,5 Prozent. Bundesweit trug das verarbeitende Gewerbe dagegen 22,2 Prozent zur Bruttowertschöpfung bei, in Bayern 26,5 Prozent und in Baden-Württemberg sogar knapp ein Drittel.

Seit dem Regierungswechsel 2010 wächst die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen unterdurchschnittlich. Seit 2010 war das Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen – mit Ausnahme von 2014 – stets schwächer als in Deutschland insgesamt. Lag das Wirtschaftswachstum in unserem Bundesland zwischen Anfang 2005 und Anfang 2010 noch um 13,7 Prozent über dem Bundesschnitt, lag es zwischen Anfang 2010 und Ende 2015 um 39 Prozent unter diesem. 2015 landete Nordrhein-Westfalen mit null Prozent Wachstum sogar erstmalig in seiner siebzيجjährigen Geschichte auf dem letzten Platz im Bundesländervergleich. Die Schwächeperiode hält zudem weiter an: Auch im ersten Halbjahr 2016 lag das Wirtschaftswachstum im Bundesschnitt um knapp 10 Prozent über dem Wachstum in Nordrhein-Westfalen.

Ursächlich für das unterdurchschnittliche Wachstum der nordrhein-westfälischen Wirtschaft sind nach Erkenntnissen der Unternehmensberatung McKinsey, des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln (IW Köln) und des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen (RWI Essen) vor allem zu geringe Investitionen am Standort Nordrhein-Westfalen.

Äußeres Zeichen für die voranschreitende De-Industrialisierung des Landes ist der massive Rückgang der Industrie- und Gewerbeflächen seit dem Regierungswechsel 2010. Laut amtlicher Statistik von IT.NRW sind in Nordrhein-Westfalen zwischen dem 01.01.2010 und dem 31.12.2015 3.789 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren gegangen. Dies entspricht der aufaddierten Fläche der drei Chemparks in Leverkusen, Dormagen und Krefeld, des ThyssenKrupp-Stahlwerks in Duisburg, des Evonik-Chemieparks in Marl, der Shell-Raffinerie in Wesseling/Godorf, dem Hüttenwerk Krupp Mannesmann in Duisburg, des Chemieparks Knappsack in Hürth sowie der Fordwerke in Köln mit insgesamt über 93.000 Arbeitsplätzen.

Die Folgen der negativen wirtschaftlichen Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen für den Arbeitsmarkt sind gravierend. Zwar ist die Zahl der Arbeitslosen in Nordrhein-Westfalen seit Juli 2010 um 5,6 Prozent gesunken. In den übrigen Bundesländern ging sie im selben Zeitraum jedoch um 14 Prozent, also um mehr als das Doppelte zurück. Bei einer Entwicklung der Arbeitslosenzahlen nur im Durchschnitt der übrigen Bundesländer wären heute 65.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen weniger arbeitslos.

Arndt Kirchhoff hat zuletzt zu Recht gemahnt: „Eine starke Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne eine starke Wirtschaft ist alles nichts“:

- 1) Bekämpfung des Armutrisikos: Nordrhein-Westfalen hat die höchste Kinderarmutsquote aller westdeutschen Flächenländer, den stärksten Anstieg der Armutgefährdungsquote aller Bundesländer seit 2005 und die höchste Anzahl an Empfängern staatlicher Grundsicherung aller Bundesländer. Das größte Armutrisiko ist Arbeitslosigkeit. Nordrhein-Westfalen weist die höchste Arbeitslosenquote aller westdeutschen Flächenländer auf. Nur eine starke und wachsende Wirtschaft schafft Arbeitsplätze und damit Wohlstand für alle.
- 2) Investitionen beispielsweise in Infrastruktur, Bildung und Innere Sicherheit: Das Schließen der Wachstumslücke würde nach Berechnungen von McKinsey jährlich Milliarden zusätzliche Steuereinnahmen in die Kassen spülen. Geld, das dringend für die innere Sicherheit, gute Bildung und Infrastruktur gebraucht würde.
- 3) Reduzierung der Schulden: in keinem anderen Bundesland ächzen die öffentlichen Haushalte unter so hohen Schulden wie in Nordrhein-Westfalen. Haushaltskonsolidierung ohne Mehreinnahmen wird nicht gelingen.

II. Der Landtag beschließt

Der Landtag fordert eine umfassende Kurskorrektur in der Wirtschaftspolitik. Die Politik des Landes muss sich wieder stärker an Wohlstand, Beschäftigung und Wachstum ausrichten. Dazu sind vor allem die Kompetenzen des Wirtschaftsministeriums zu stärken.

Der Landtag fordert zudem die sofortige Umsetzung einer Zukunfts- und Entlastungs-offensive, die den Standort Nordrhein-Westfalen für kleine, mittlere und große Unternehmen wieder attraktiver macht.

1. Mittelstand und Handwerk sind von unnötigen bürokratischen Lasten zu befreien. In einem ersten Schritt sind das Tariftreue- und Vergabegesetz sowie die rot-grüne Hygiene-Ampel abzuschaffen.
2. Mit Hilfe digitaler Anwendungen ist unvermeidbare Bürokratie anwenderfreundlich zu gestalten und so die Lasten für den Mittelstand zu reduzieren.
3. Der flächendeckende Ausbau einer gigabitfähigen Infrastruktur ist zu beschleunigen. Die bisherigen Fördermaßnahmen des Landes sind angesichts des hohen Investitionsbedarfes vollkommen unzureichend. Das Land muss daher unter anderem die Fördermittel für den Breitbandausbau durch einen gezielteren Einsatz von europäischen Fördermitteln wie EFRE und einen vollständigen Abruf und ef-

- fizienten Einsatz verfügbarerer Bundesmittel aufstocken. Insbesondere sind freiwerdende Mittel aus der auslaufenden Steinkohlesubventionierung in den Breitbandausbau zu investieren. Außerdem ist dem Ausbau für Betriebe und Unternehmen Priorität einräumen. Hierzu ist eine Förderung vom KMU nach britischem Vorbild über Ausbaugutscheine zu etablieren. Daneben muss das Förderprogramm der NRW.Bank für den Breitbandausbau grundlegend überarbeitet und ein Konzept für Bürgerbreitbandfonds und Bürgerbreitbandprojekte entwickelt werden. Außerdem sind der Ausbau offener WLAN-Netze sowie der flächendeckende Einsatz von LTE zu fördern.
4. Die Bedingungen für StartUps sind zu verbessern. Hierzu muss ein Konzept entwickelt werden, wie mehr privates Kapital für StartUps aktiviert werden kann. Außerdem müssen StartUps von unnötiger Bürokratie entlastet werden.
 5. Durch den Aufbau von Lernfabriken 4.0 an berufsbildenden Schulen sind die digitale Bildung zu stärken und mittelständische Unternehmen für die Digitalisierung zu sensibilisieren.
 6. Schulen und anderen Bildungseinrichtungen sind mit modernen digitalen Technologien auszustatten.
 7. Durch eine bessere Vermittlung von digitalen Kompetenzen an Lehrerinnen und Lehrern sowie entsprechende konsequente Weiterbildungen ist ein stärkerer Einsatz digitaler Lehr- und Lernmethoden an Schulen zu ermöglichen.
 8. Das Hochschulgesetz muss novelliert werden, um die Zusammenarbeit von Hochschulen und Wirtschaft zu intensivieren, damit die Quote privatwirtschaftlicher Forschung und Entwicklung steigt.
 9. Die bestehende EFRE-Förderung ist zu einer echten Innovationsförderung auszubauen.
 10. Nordrhein-Westfalen hat aktuell den höchsten durchschnittlichen Gewerbesteuerhebesatz sowie den höchsten durchschnittlichen Grundsteuerhebesatz aller Flächenländer. Um aus der Steuererhöhungsspirale für den Mittelstand und die Bürger herauszukommen, ist eine Reform der Kommunalfinanzen in Angriff zu nehmen.
 11. Seit 2010 hat das Land knapp 3.800 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren, während allein die Waldfläche um gut 17.000 ha angewachsen ist. Die von Rot-Grün beschlossenen Flächenrestriktionen zu Lasten von Industrie- und Gewerbeflächen im Landesentwicklungsplan sowie im Landesnaturschutzgesetz erschweren die wirtschaftliche Entwicklung, helfen aber nicht, den Verlust landwirtschaftlicher Produktionsfläche zu reduzieren. Damit Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen erleichtert werden, sind daher unnötige Restriktionen für die Ausweisung von Industrie- und Gewerbeflächen aus dem Landesentwicklungsplan und dem Landesnaturschutzgesetz zu entfernen. Gleichzeitig ist ein neues Kompensationssystem zu schaffen, dass den hemmungslosen Verbrauch landwirtschaftlicher Nutzfläche reduziert.
 12. Durch den Ausbau der Planungs- und Genehmigungskapazitäten sind Genehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen zu beschleunigen. Das gilt sowohl für wichtige Infrastrukturprojekte wie auch für die Genehmigung von Industrieanlagen. Darüber hinaus müssen alle Verbandsklage- und Beteiligungsrechte, die nicht zwingend durch EU- oder Bundesrecht vorgeschrieben sind, abgeschafft werden.

13. Auf Alleingänge beim Klimaschutz ist zu verzichten. Klimaschutzgesetz und Klimaschutzplan sind abzuschaffen. Aufgrund des bestehenden europäischen Emissionshandels führen klimapolitische Alleingänge lediglich zum Verlust von Arbeitsplätzen und Wohlstand in Nordrhein-Westfalen, ohne dass dem Klimaschutz geholfen wird.
14. Das Ladenöffnungsgesetz ist zu novellieren. Insbesondere braucht Nordrhein-Westfalen eine rechtssichere gesetzliche Lösung für vier verkaufsoffene Sonntage im Jahr, ohne die Sonntagsruhe zu sehr zu stören.
15. Das bestehende Mittelstandsgesetz muss mit Leben gefüllt werden. Dazu müssen Clearingverfahren auch auf Gesetzesinitiativen des Landtages ausgeweitet und eine Berichtspflicht der Landesregierung zur Umsetzung von Empfehlungen der Clearingstelle Mittelstand eingeführt werden. Die Durchführung von Clearingverfahren darf nicht mehr im Ermessen des jeweiligen Ressorts stehen. Außerdem muss geprüft werden, wie die Mittelstandsförderung über das Mittelstandsgesetz ausgebaut werden kann.
16. Um eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur wieder herzustellen, muss die Anzahl der Planfeststellungsbeschlüsse erhöht werden, damit Mittel des Bundes und der EU in voller Höhe abgerufen werden können.

Armin Laschet
Lutz Lienenkämper
Hendrik Wüst

und Fraktion